

## DEUTSCHLAND

### „Schwierigste Situation seit 1982“

Die CDU/CSU-Spitze versteht die Welt nicht mehr: Weder die Amerikaner noch die Parteifreunde teilen Ihre Einwände gegen eine doppelte Null-Lösung. Außenmini-

ster Hans-Dietrich Genscher (FDP) hingegen sieht sich wieder einmal bestätigt, auch wenn Kanzler Helmut Kohl ihn tadelte. Genscher: „Wir dürfen uns nicht isolieren.“

Die Herrenrunde im Bonner Kanzleramt nahm den Tadel des Regierungschefs schweigend entgegen. Er empfinde es als „Belastung“, rügte Helmut Kohl am vergangenen Montag, wenn ein Mitglied seiner Regierung in der Diskussion um ein Abkommen über Mittelstreckenraketen mit „Vorfestlegungen“ in die Öffentlichkeit gehe.

Drei der Herren fühlten sich nicht betroffen: Verteidigungsminister Manfred Wörner, Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble und der als CSU-Statthalter ins

Raketenpalaver entsandte Innenminister Friedrich Zimmermann. Die Kritik Kohls galt eindeutig dem vierten Minister in der Runde – AA-Chef Hans-Dietrich Genscher.

Der Freidemokrat hatte zum Ärger Kohls und der Union aus seiner Sympathie für einen vollständigen Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite keinen Hehl gemacht. Anders als die Bedenkenräger in der CDU/CSU hatte der Vizekanzler öffentlich dafür plädiert, die Vorschläge

des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow sorgsam zu prüfen.

Der von Kohl Gescholtene setzte sich zur Wehr: Er habe die Regierungslinie nicht verlassen, wie der gerade in Washington weilende CDU/CSU-Fraktionsvize Volker Rühle behauptet habe.

Ohne auf die von Wörner und Schäuble beschworenen Nachteile eines Abbaus auch der Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 1000 Kilometern Reichweite einzugehen, hielt der stets



Koalitionspolitiker Genscher, Kohl, Wörner: „Konzeptionsloser Eindruck“

innenpolitisch taktierende Außenminister seinen Kontrahenten die Vorteile einer doppelten Null-Lösung vor Augen.

Ein Abrüstungserfolg werde nicht nur den Zusammenhalt der Koalition stärken, sondern auch deren Wahlschancen bei der Bundestagswahl Ende 1990 erhöhen. Schon im September dieses Jahres, warb Genscher, könnten die Christliberalen bei den Landtagswahlen in Schles-

wig-Holstein die Ernte eines Mittelstreckenabkommens einfahren. Umgekehrt dürfe sich der Bundeskanzler keine neue Nachrüstungsdebatte aufhalsen. Die Aufstellung neuer Raketen sei nicht durchzusetzen.

Es sei gar nicht auszudenken, argumentierte Bonns Chefdiplomat, wie Amerikaner und Russen, aber auch das Wahlvolk hierzulande reagieren würden, wenn der Abrüstungserfolg an einem

„Nein“ aus Bonn scheitere. Genscher: „Wir dürfen uns nicht isolieren.“

Ende vergangener Woche schien auch die Union die Kurve zu kriegen. Zwar ließ der Kanzler mit Blick auf die innerparteilichen Kräfteverhältnisse wieder einmal offen, welchen Kurs er einzuschlagen gedenke. Aber der Unionsspitze ist inzwischen klar, wie schlecht es beim Wahlvolk und in aller Welt ankommt, daß die CDU/CSU als Bremser

RUDOLF AUGSTEIN

## Lügen mit sehr langen Beinen

Hätte man in vergangenen Zeiten sämtliche militärischen Entscheidungen den Militärs überlassen, so hätte es niemals die Niederlage der einen oder anderen Seite geben können – es waren ja „Fachleute“. Die gegenwärtige Diskussion im westlichen Bündnis ist nicht erstaunlich. Erstaunlich ist, daß sie erst jetzt stattfindet.

Warum findet sie statt? Weil die Sowjets Angebote gemacht haben, die den (angeblichen) Forderungen der westlichen Alliierten entgegenkommen. Präsident Reagan will zwar als SDI-Präsident in die Geschichte eingehen, aber auch als Abrüstungspräsident; Geschichte, heute noch!

General Rogers, der scheidende Oberkommandierende der Nato, nimmt an, Westeuropas Zukunft stehe hier auf dem Spiel. Man muß ihn vielleicht fragen, ob sie nicht immer auf dem Spiel stand.

Rogers beklagt, daß einigen Politikern in der Nato ihre politische Glaubwürdigkeit weit wichtiger sei als die Aufrechterhaltung der Sicherheit und vor allem der Abschreckungsfähigkeit der Allianz.

So denken die Militärs nun einmal. Es ist ihnen egal, ob die Innenpolitik eines Staates Wichtigkeit hat. Innenpolitik als solche ist unwichtig.

Und dann sagt er: „Doch die politische Glaubwürdigkeit ist von glaubwürdiger Abschreckung unabhängig.“ Da scheint einem Kommißkopp der Mund übergegangen zu sein. Bisher ist es so, daß es allenfalls eine politische Glaubwürdigkeit der Innenpolitik gibt, aber keine Glaubwürdigkeit der Abschreckung.

Was der General Rogers uns nicht sagt, ist das folgende: Wir, die USA, werden unter gar keinen Umständen mitverbrennen, wenn ihr Deutschen in einem Atomkrieg verbrannt werdet. Dies mag man nicht einmal beklagen, weil es so selbstverständlich

ist. Aber man muß es doch wenigstens zur Kenntnis nehmen dürfen.

Von je war die Glaubwürdigkeit des sogenannten „Doppelbeschlusses“ unglaubwürdig. Alle, die daran mitgewirkt haben (außer Helmut Schmidt, und auch der), sind sich darüber offenbar einig. Die Posaune, die Jerichos Mauern einstürzen ließ, hatte noch nie einen sauberen Klang.

Es geht ja um ganz einfache Dinge. Die Vereinigten Staaten wollen lieber die Bundesrepublik verbrennen als selber verbrannt werden. Wer wollte ihnen das übelnehmen? Übelnehmen muß man allen damit befaßten Personen, daß sie aus ihren Lügereien nun überhaupt nicht mehr herausfinden.

Wieder einmal zitieren wir die „FAZ“, diesmal Jan Reifenberg:

Zwar hat der Nato-Oberbefehlshaber einige seegestützte Fernraketen zur Verfügung, doch würden diese nur dann zum Einsatz kommen, wenn der Beschluß zum allgemeinen Einsatz von Fernwaffen fiel, was sowohl Amerika als England vermeiden wollen.

Ja, um so prosaische Dinge geht es. Sie wollen uns im Notfall opfern und im Notfall außen vor bleiben. Darum satteln sie auf die europäische Null-Lösung, die sogar Helmut Schmidt, ihr technischer Pate, befürwortet, etliche Sachen drauf. Neuerdings werden sogar die Atomraketen der Amerikaner im deutschen Bundesheer, über die das deutsche Bundesheer keinerlei Verfügung hat, als Waffen von „Drittstaaten“ vorgeführt; „Zweitstaaten“ sind die Supermächte.

Wie sollen aber die Westdeutschen eine Strategie verstehen, die von vornherein auf Lüge und Unsolidarität beruht? Warum denn? Wollen die US-Amerikaner den vollen Einsatz nicht wagen, wenn die Bundesrepublik, der atomgefährdetste Platz dieser Erde, angegriffen wird?

Der atlantische Oberbefehlshaber (bislang noch Rogers) will strategische Ziele auch weiterhin auf sowjetischem Boden in knapp dreizehn Minuten (mit der „Pershing 2“-Rakete) treffen. Wie kann eine deutsche Regierung solche kurzen Zeiten akzeptieren, wo doch allgemein bekannt ist, daß es kaum noch Möglichkeiten gibt, die dreizehn Minuten politisch zu nutzen.

Wir wollen uns aber erinnern, Henry Kissinger hielt und hält die Stationierung der Pershing 2 für militärisch nicht nötig. Helmut Schmidt hat mehrmals gesagt, er würde die „Nachrüstung“ lieber auf See gestützt sehen. Hier schreibt nun die „FAZ“, der Nato-Oberbefehlshaber habe „einige seegestützte Fernraketen zur Verfügung“. Dies „einige“ ist etwas untertrieben, es sind immerhin 400 Sprengköpfe.

Warum denn diese „einigen“ seegestützten Fernraketen im Ernstfall nicht anwenden? Weil, wie Jan Reifenberg richtig bemerkt, sowohl Amerika als auch England dies vermeiden wollen; Frankreich ohnehin.

Ja, sie wollen das mit Recht vermeiden. Aber zu Unrecht verlangen sie von uns, daß wir uns als atomares Gefechtsfeld zur Verfügung stellen. Von irgendeiner atomaren Solidarität kann die Rede künftig nun wohl nicht mehr sein. Es gibt auch keine „flexible response“, seit je eine taube Nuß.

Wie schnell die Welt sich dreht! Gorbatschow hat möglich gemacht, was niemand für möglich gehalten hätte: daß die westliche Militärdoktrin als ein Erlkönig-Phantom entlarvt wurde.

Damit mag nun die Regierung in Bonn fertig werden oder nicht: Man wird ihr, was Aussagen zur Verteidigung angeht, kein Wort mehr glauben. Man weiß nun, daß sie gelogen hat, und man vermutet, daß sie lügt.

dasteht. Unbeeindruckt ist nur Franz Josef Strauß. Er sprach sich klar gegen eine doppelte Null-Lösung aus.

Kohl sieht sich zudem unter massivem Druck seiner besten Freunde in Ronald Reagans Amerika: Die Bündnisführer wollen sich nicht länger von den zaudernden und unschlüssigen Bonner Christdemokraten hinhalten lassen. Sie verlangen einen klaren Bescheid, ob die Kohl-Regierung der von Washington gewünschten erweiterten Null-Lösung zustimmt oder aber bereit ist, neue amerikanische Raketen auf deutschem Territorium zu stationieren. Einen dritten Weg, das hat US-Außenminister Shultz inzwischen klargestellt, gibt es nicht.

Mit sicherem Kalkül hatte Genscher die Entscheidungsnot der größeren Regierungspartei genutzt und den Streit um die Null-Lösung zur „schwierigsten Situation der Regierung“ seit der Koalitionsbildung von 1982 hochstilisiert. Zwar ließ Kohls Partner seine im engen Kreis von liberalen Parteifreunden abgegebene Warnung öffentlich dementieren. Aber im FDP-Präsidium setzte er am letzten Montag noch eins drauf: Im Streit um die Abrüstung müsse die Union an das Wahlergebnis vom 25. Januar erinnert werden. Sie habe Stimmen verloren, die FDP hingegen gewonnen. FDP-Vize Gerhart Baum: „Für die CDU-Position gibt es im Parlament keine Mehrheit und in der Bevölkerung auch nicht.“

Tags darauf verkündete FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann die „volle Unterstützung des FDP-Präsidiums“ für den heimlichen Vorsitzenden Genscher und stellte die Christdemokraten an den Pranger: Die Union sei gut beraten, so Haussmann in einem Rundschreiben an FDP-Funktionäre, „die großen Chancen für eine durchgreifende Abrüstung nicht zu verschenken“.

Verärgert konterte der CDU/CSU-Fraktionsrechte und -vorsitzende Alfred Dregger, die Union finde in Washington sehr wohl Verständnis für ihre sicherheitspolitischen Bedenken: „Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen und erwarten dabei die Unterstützung des deutschen Außenministers.“

In Wahrheit mußte sich der CDU-Abgesandte Volker Rühle, Dreggers Vize im Fraktionsvorsitz, letzte Woche in Washington belehren lassen, daß die Amerikaner die Bedenken der Union nicht teilen. Der vertrauliche Bericht der deutschen Botschaft in Washington belegt das Scheitern der Mission des forschenden und ehemals liberalen Kohl-Intimus: Die US-Gesprächspartner hätten sich die Einreden Rühes gegen einen weitgehenden Raketenabbau „höflich angehört“. Sie hielten seine Argumente aber „nicht für überzeugend“. Sie hätten Rühle vielmehr die „große Neigung“ der US-Regierung deutlich gemacht, Gorbatschows Angebote anzunehmen, und eine „rasche Entscheidung“ der Verbündeten verlangt.



CDU-Politiker Rühle (r.) in Washington\*: „Nicht überzeugend“

Voller Verbitterung registrierten Kohls Christdemokraten die verkehrte Schlachtordnung: Ausgerechnet die sonst so amerikahörige Union sieht sich in der Abrüstungsdebatte auf Gegenkurs zu Reagan. Und die angeblich moskauorientierten Sozialdemokraten berufen sich auf den konservativen US-Präsidenten, um den Null-Lösungs-Befürworter Genscher zu stützen.

An der folgsamen CDU-Basis regt sich Unmut über die Parteioberen. In vielen Veranstaltungen, schrieb der CDU-Abgeordnete Wolfgang Schulhoff letzte Woche an Wehrminister Wörner, „wird unsere Haltung nicht mehr verstanden“. Die Regierung mache einen „konzeptionslosen Eindruck“. Wörner selbst weiß inzwischen: „Die taktische Situation nach innen sieht beschissen aus.“

Wie sehr die deutschen Christdemokraten international in die Isolation zu geraten drohen, erlebte Wörner am Dienstag vergangener Woche beim Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) in Luxemburg. Dort erhoben zwar die Außen- und Verteidigungsminister der Atomkräfte Frankreich und Großbritannien Einwände gegen eine doppelte Null-Lösung. Sie ließen aber zugleich durchblicken, daß eine Verständigung der Supermächte an ihnen nicht scheitern werde.

Tatsächlich können Kohl und Wörner in Paris und London kaum auf Unterstützung hoffen. Denn längst ist klar, daß Briten und Franzosen ihre Position endgültig erst festlegen, wenn zuvor die Deutschen ja oder nein gesagt haben.

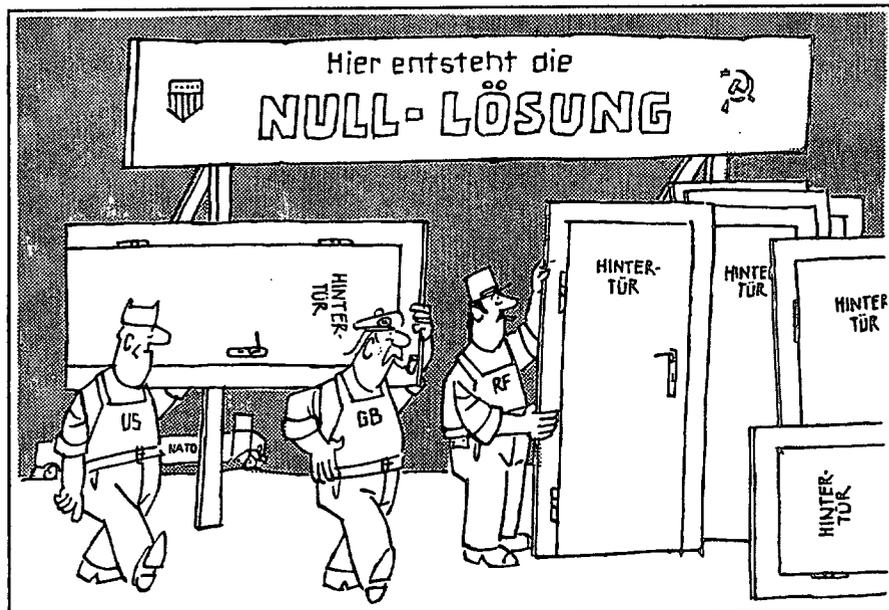
\* Mit Unter-Staatssekretär Richard Perte im US-Verteidigungsministerium.

Weder Margaret Thatcher noch François Mitterrand wollen in Moskau als Spielverderber dastehen; der Schuldige bei einem Scheitern wäre immer Helmut Kohl.

Mit Blick auf die Abrüstungskritiker in Bonn, die mit immer neuen Bedingungen die Übereinkunft der Großmächte erschweren wollen, ließen sich die Sowjets mit ihrem Vertragsentwurf für ein Mittelstrecken-Abkommen Zeit. Vier Tage später als angekündigt legte Moskaus Unterhändler Alexej Obuchow am Montag voriger Woche den sowjetischen Text auf den Tisch. Zugleich nannte er für eine doppelte Null-Lösung Bedingungen, die dem amerikanischen Außenminister George Shultz bei seinem Besuch in Moskau Mitte April nicht präsentiert worden waren.

Daß Obuchow die Zusatzbedingungen für eine Null-Lösung bei Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1000 Kilometern nur mündlich vortrug, werteten westliche Fachleute sogleich als Signal für Kompromißbereitschaft. Die Sowjets, so ihre Meinung, würden sich schon noch bereitfinden, ihr Potential an Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite nicht nur in Europa, sondern auch weltweit abzubauen. Moskau werde ein Abkommen mit den USA wohl auch nicht an der Auflage scheitern lassen, die amerikanischen Sprengköpfe auf den 72 Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr auf westlicher Seite anzurechnen.

Ende März hatten die Sowjets Kanzlerberater Horst Teltschik noch mit der Mitteilung überrascht, Moskau zähle die deutschen Pershings mit amerikanischen Sprengköpfen ebenso wie die britischen und französischen Potentiale als Dritt-



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

### Die ersten Bauelemente

staatensysteme. Teltchik war so verblüfft, daß er nicht einmal nach den Gründen für diese neue Definition fragte.

Die 72 deutschen Pershings sollen ab 1991 ohnehin wegen Überalterung ausgemustert werden. Kommt es aber zu einer Vereinbarung der Supermächte, können die Amerikaner der Bundeswehr neue Raketen dieser Reichweite nicht mehr verkaufen. Wörner müßte seine Beschaffungspläne aufgeben.

Auch eine Bedingung der europäischen US-Verbündeten dürfte das Null-Lösungs-Abkommen zwischen Moskau und Washington nicht gefährden. Die Europäer verlangen nämlich, daß die Vereinbarungen über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen größerer und geringerer Reichweite in einem Abkommen behandelt werden.

Die Vertragspartner sind sich darüber längst einig. Sie wollen, wie das Auswärtige Amt weiß, die Vereinbarungen für Mittelstreckenwaffen kürzerer und längerer Reichweite gleichzeitig in Kraft treten lassen. Gelingt es, den Abrüstungsvertrag bis zum Jahrestag des Oktober-Gipfels von Reykjavik zu unterzeichnen, könnten schon 1989 sämtliche sowjetischen SS-12/22- und SS-23-Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 1000 Kilometern verschwinden.

Zeitgleich soll im Laufe desselben Jahres eine erste Tranche der sowjetischen SS-20-Raketen und der amerikanischen Pershing 2 und Cruise Missiles vernichtet werden. Die restlichen Potentiale könnten dann in jährlichen Raten bis spätestens Ende 1993 verschrottet werden.

Hintergrund dieses zwischen Washington und Moskau abgestimmten Stufenplanes: Amerikanische und sowjetische Kontrolleure sollen Erfahrungen mit dem ersten wirklichen Abrüstungsab-

kommen der Neuzeit sammeln und – mit Blick auf die strategischen Atomwaffen – die Überwachungsverfahren verbessern und vereinfachen.

Ende letzter Woche schien sich auch in der Bonner Unionsspitze herumgesprochen zu haben, daß der Zug bereits abgefahren ist. Während Kohls Rüge in Washington auflief, warnte Moskaus Botschafter Julij Kwizinski in Bonn CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, eine Null-Lösungs-Übereinkunft „nicht zu befrachten“.

Geißler hat inzwischen begriffen, daß die Union Gefahr läuft, allein gegen den Rest der Welt zu stehen. Eine neue Nachrüstung mit Atomraketen, so die Erkenntnis des CDU-Generals, sei weder mit der FDP noch in der eigenen Partei durchzusetzen.

Für die Präsidiumssitzung Anfang dieser Woche haben sich Geißler und Arbeitsminister Norbert Blüm vorgenommen, den anderen CDU-Führern klarzumachen, daß die Union es sich nicht leisten könne, als letzter Hort der kalten Krieger dazustehen. Gesundheitsministerin Rita Süßmuth warnte schon: „Wir dürfen die große Chance zur Abrüstung nicht kleinmütig verspielen.“

Der Generalsekretär wirft seinen Parteifreunden vor, wie „Blödköpfe“ öffentlich gegen die doppelte Null-Lösung anzureden, statt positiv zu argumentieren. Die CDU sei selbstverständlich für Abrüstung, habe aber gewisse Vorstellungen, was sonst noch alles dazugehören müsse, zum Beispiel bei den konventionellen Streitkräften. Geißler hat sich sogar schon einen Trick einfallen lassen. Man könne gegebenenfalls den Raketenabbau stoppen und auf beiden Seiten je 50 Systeme zurückbehalten, wenn es bei den Verhandlungen über konventionelle Waffen nicht recht vorangehe.

Bisher jedenfalls, so Geißler, sei die Diskussion bei der Union „falsch gelau-

fen“. Und ein liberaler Spitzenmann bestätigt: „Die haben nicht begriffen, daß sie nur ‚ja, aber‘ sagen können.“

Doch selbst wenn Kohl in seiner Regierungserklärung am Donnerstag dieser Woche „ja, aber“ zur doppelten Null-Lösung sagen wollte, könnte er es wahrscheinlich gar nicht. Er ist Gefangener des einzigen Beschlusses der Montagrunde im Kanzleramt: sich erst festzulegen, wenn der von den Russen in Genf präsentierte Vertragstext sorgfältig geprüft sei.

Bis Ende voriger Woche aber hatten die amerikanischen Verbündeten ihrem zögernden treuen Freund in Bonn noch nicht einmal den sowjetischen Vertragsentwurf zugestellt.

CDU

### Neues Gesicht

Wenn dem Vorsitzenden der NRW-CDU, Biedenkopf, eine Befriedung seines zerstrittenen Verbands nicht gelingt, soll er durch Arbeitsminister Blüm ersetzt werden.

Beim gemeinsamen Mittagessen am vorigen Mittwoch servierte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seinem Gast Norbert Blüm einen Leckerbissen besonderer Art. An dem hat der Arbeitsminister noch schwer zu kauen.

„Norbert, du mußt das machen“ – nämlich dies: den Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, ablösen und den mitgliederstärksten Landesverband der C-Partei, der durch bizarre Hauskrähe Feind und Freund unterhält, endlich aus den Schlagzeilen bringen.



Christdemokraten Blüm, Biedenkopf: „Kei-